

Stadtverordnetenversammlung

Landeshauptstadt Potsdam

Niederschrift 22. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für **Gesundheit und Soziales**

Sitzungstermin: Dienstag, 15.11.2005

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr Sitzungsende: 21:10 Uhr

Ort, Raum: Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81, Raum 124

Anwesend sind:

Herr Krause, Siegmar DIE LINKE. PDS Herr Dr. Schlomm, Herbert DIE LINKE. PDS

Frau Schulze, Jana DIE LINKE. PDS Sitzungsleitung

Frau Blume, Marie SPD

Herr Näder, Volkmar anwesend bis TOP 5 (19:30 Uhr) CDU

Frau Paulsen, Bettina CDU

Frau Dr. Lotz, Brigitte anwesend ab TOP 3 (18:25 Uhr) Bündnis 90/Die Grünen

Herr Buchholz, Dirk BürgerBündnis Herr Anton, Torsten DIE LINKE. PDS Frau Bittrich, Sabine Ausländerbeirat Frau Busch, Jutta DIE LINKE. PDS Herr Fröhlich, Uwe Bündnis 90/Die Grünen Frau Kirchner, Monika BürgerBündnis Herr Puschmann, Wolfgang Seniorenbeirat CDU

Herr van Leeuwen, Rüdiger

Nicht anwesend sind:

Frau Geywitz, Klara SPD entschuldigt Frau Basekow, Angela AWO Kreisverband Potsdam entschuldigt Frau Jensch, Sun entschuldigt CDU

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.1	Feststellung	der Beschl	ussfähigkeit
1.1	1 Cototolialia	aci Desciii	assiarngitoit

- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 18.10.2005
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Vorstellung der Beratungsstelle für Frauen und Mädchen

4 Arbeit der PAGA

Vorlage: 05/SVV/0786

Verfasser : Fraktion DIE LINKE. PDS

5 Räumlichkeiten für die Potsdamer Tafel e.V.

Vorlage: 05/SVV/0816 Verfasser : Fraktion SPD

6 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2006 bis 2007/2009

Vorlage: 05/SVV/0829 Verfasser : FB Jugendamt

7 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2006

Vorlage: 05/SVV/0850

Verfasser : Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

8 Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009

Vorlage: 05/SVV/0851

Verfasser : Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

9 Feststellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe

Vorlage: 05/SVV/0852

Verfasser : Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

10 Haushaltssicherungskonzept 2006 - 2009

Vorlage: 05/SVV/0853

Verfasser : Zentrale Steuerungsunterstützung

11 Sozialbericht 2004

Vorlage: 05/SVV/0870

Verfasser : FB Umwelt und Gesundheit

12 Behindertenbericht

13 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellv. Ausschussvorsitzende, Frau Schulze.

Zu Beginn der Sitzung sind 7 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

<u>Frau Schulze</u> schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 7, 8 und 10 gemeinsam zu behandeln und den TOP 9 anschließend.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 18.10.2005

Frau Schulze bittet um folgende Ergänzung zum TOP 6:

Die schriftliche Auswertung soll auch den anderen Ausschüssen zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Dem ergänzten Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Mitteilungen der Verwaltung Wohnen im Alter

<u>Frau Müller</u> macht deutlich, dass sich die Frage zum Wohnen im Alter für Potsdam derzeit nicht als ein herausragendes Problem darstellt. Dennoch wird es immer einen bestimmten Bedarf an Wohnungen und alternativen Wohnformen geben, welcher sich aus den Veränderungen in der Altersstruktur ergibt. Zur Gewinnung von Erkenntnissen zur Gesamtsituation in Potsdam soll Anfang 2006 ein Erfahrungsaustausch in Form eines Workshops durchgeführt werden. Zum Teilnehmerkreis des Workshops sollten aus Sicht der Verwaltung gehören:

- Vertreter sozialer Träger und Einrichtungen der Stadt, die mit der Frage des Wohnens im Alter befasst sind
- Vertreter der Potsdamer Wohnungswirtschaft
- Vertreter aus dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen
- Vertreter aus den Fachbereich Soziales, Senioren und Wohnen
- Die Seniorenvertretung

Zu dieser Veranstaltung findet in der kommenden Woche ein Vorbereitungstermin statt.

In der Sitzung am 13.12.2005 wird in einem gesonderten Tagesordnungspunkt informiert.

<u>Herr Krause</u> bittet zu prüfen, ob die soziale Betreuung hierbei getrennt betrachtet werden kann.

Frau Müller wird dies aufgreifen.

Herr Näder weist auf eine entsprechende Broschüre der GEWOBA, aber auch auf Projekte der PWG hin.

<u>Frau Paulsen</u> fragt, ob hier auch generationsübergreifende Projekte angedacht sind.

<u>Frau Müller</u> erklärt, dass es bereits Projekte gibt. Diese sollen auch evaluiert werden.

Herr Fröhlich bittet um Einbeziehung der Fachhochschule Potsdam.

<u>Frau Blume</u> weist auf eine Analyse hin, die vor ca. 3 bis 4 Jahren in der Stadt erstellt wurde.

Umzug der AIDS-Hilfe

<u>Frau Müller</u> informiert, dass die AIDS-Hilfe in neue Räume gezogen ist. Somit kann Chill out die freigezogenen Räume mitnutzen.

Ab dem 01.01.2006 bekommt Chill out die Förderung für eine halbe Stelle mehr, so der Haushalt für 2006 im Bereich Soziales in der vorgelegten Fassung von der Stadtverordnetenversammlung bestätigt wird.

Haus der Begegnung

<u>Herr Ernst</u> informiert, dass die 9 Interessenten die Rahmenbedingungen zugesandt bekommen haben. Bis zum Ende der Bewerbungsfrist am 11.11.2005 ist eine Bewerbung eingegangen.

Die Auswahlkommission hat heute getagt und trifft sich am 17.11.2005 erneut.

zu 3 Vorstellung der Beratungsstelle für Frauen und Mädchen

<u>Frau Sandrock</u> stellt die Arbeit der Beratungsstelle sowie die Schwerpunkte vor. Sie weist darauf hin, dass auch viel Öffentlichkeitsarbeit geleistet wird.

Herr van Leeuwen fragt, wie der Erfolg der Beratungsstelle gemessen wird.

<u>Frau Sandrock</u> erklärt, dass viele Frauen die Beratungsstelle auf Empfehlung anderer Beratungsstellen, aber auch auf Empfehlung anderer Frauen aufsuchen. Es gibt aber auch positive Signale von den Frauen, die durch die Beratungsstelle betreut werden.

Es ist aber auch ein anonymer Fragebogen in Planung.

<u>Frau Schulze</u> verweist auf das Projekt mit arbeitslosen Frauen und fragt, wie alt diese sind.

Frau Sandrock berichtet, dass die Frauen alle über 40 Jahre alt sind.

<u>Herr Thomann</u> hebt hervor, dass dies eine sehr wichtige Arbeit ist. Er bietet Frau Sandrock die Unterstützung durch die PAGA an.

Frau Dr. Lotz fragt nach der Betreuung von Frauen, die im Frauenhaus leben.

<u>Frau Sandrock</u> weist darauf hin, dass die Frauen im Frauenhaus eine gute Betreuung erhalten.

Die Frauen, die in der Beratungsstelle für Frauen und Mädchen betreut werden, wohnen nicht im Frauenhaus.

<u>Herr Krause</u> fragt nach dem Anteil der Migrantinnen oder Frauen aus anderen Kulturkreisen.

<u>Frau Sandrock</u> erklärt, dass etwa 9 % der betreuten Frauen Migrantinnen sind, die aber größtenteils mit deutschen Männern verheiratet sind.

Herr Erker fragt, ob es auch Kontakt zu Frauen und Mädchen mit Behinderung und eine Zusammenarbeit mit "I-Punkt" gibt.

Frau Sandrock betont, dass es mit "I-Punkt" eine gute Zusammenarbeit gibt.

<u>Frau Kirchner</u> weist darauf hin, dass Migrantinnen oft auch Schutz brauchen und daher größtenteils ins Frauenhaus gehen.

<u>Frau Müller</u> bietet Frau Sandrock an, wenn es zu Problemen in der Zusammenarbeit mit MitarbeiterInnen der Verwaltung kommt, den direkten Kontakt zu ihr aufzunehmen, um das jeweilige Problem klären schnell zu können.

zu 4 Arbeit der PAGA Vorlage: 05/SVV/0786

<u>Frau Schulze</u> bringt den Antrag ein und begründet diesen. Sie schildert kurz, dass zum Monatsbeginn Barauszahlungen in nicht unwesentlicher Anzahl erfolgen. An einigen Tages standen bereits 6:30 Uhr vor den Eingang der PAGA bis zu ca. 40 Personen. Hier und in anderen Problemsituationen erfolgte keine Information an die Stadtverordneten. Die PAGA ist eine Institution durch Beschluss der SVV Potsdam. Dies sei Grund genug für die Verwaltung, neben der Bereitstellung von finanziellen Mitteln, zeitnah zu informieren.

<u>Herr Thomann</u> weist daraufhin, dass er in mehreren Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales über die Situation in der PAGA informiert hat. Er macht darauf aufmerksam, dass an fünf Werktagen im Monat aufgrund von Barauszahlungen großer Andrang herrscht. Die Barauszahlungen werden aus verschiedenen Gründen beantragt. Die PAGA prüft diese, muss aber auch einige Anträge ablehnen.

In dieser Zeit ist die Integrationsarbeit schwer möglich.

Herr Thomann informiert, dass der Abbau des Rückstaus voran geht, die eingestellten Mitarbeiter geschult wurden und eingearbeitet werden.

Er weist darauf hin, dass die Rückstaustatistik im Intranet zu sehen ist. Innerhalb der nächsten Monate steht eine Datenverarbeitungsumstellung an.

<u>Frau Paulsen</u> macht deutlich, dass die Trägerversammlung fasst monatlich tagt. Diese wird umfassend informiert und versucht auch sofort zu reagieren. Der Informationsstand der Stadtverordnetenversammlung ist aus ihrer Sicht ausreichend.

Frau Busch bittet um Einladung eines Mitgliedes des Mietervereins in den Beirat.

<u>Herr Thomann</u> macht darauf aufmerksam, dass dieser kein Mitglied im Beirat ist. Er nimmt dies aber auf und wird es in der Trägerversammlung vortragen.

Frau Müller erklärt, dass der größte Teil Aufgaben in der Kompetenz der Agentur für Arbeit liegt. Der Oberbürgermeister hat hier keinen Einfluss.

Von Beginn der Diskussion zur Einführung des ALG II gab es regelmäßige Informationen im Ausschuss für Gesundheit und Soziales und im Jugendhilfeausschuss. Alle Informationen erfolgten zeitnah.

<u>Herr van Leeuwen</u> fragt, wie es gehandhabt wird, wenn zu unrecht oder zuviel gezahlte Leistungen nicht zurückgezahlt werden.

<u>Herr Thomann</u> erklärt, dass dies sofort strafrechtlich geahndet wird, wenn es bekannt wird.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass

- die Probleme, die in der PAGA auftreten, zügig abgestellt werden und
- die Stadtverordnetenversammlung zeitnah über bestehende bzw. sich abzeichnende Probleme in der Arbeit der PAGA informiert und entsprechend der gegebenen Möglichkeiten in deren Lösung einbezogen wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 0
Der Antrag wird abgelehnt.

zu 5 Räumlichkeiten für die Potsdamer Tafel e.V. Vorlage: 05/SVV/0816

Frau Blume bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Krause fragt, ob sich die Suppenküche in einer ähnlichen Situation befindet.

<u>Frau Müller</u> macht deutlich, dass die Räume für die Suppenküche bis Ende 2006 gesichert sind.

<u>Herr Ernst</u> berichtet, dass gemeinsam mit den Kommunalen Immobilien Service (KIS) aktuell zwei Objekte geprüft wurden. Beide Gebäude sind in der engeren Auswahl.

Seitens der Verwaltung wird dem Antrag entsprochen.

Frau Blume fragt, ob es bereits eine Zeitschiene für die Umsetzung gibt.

<u>Herr Ernst</u> erklärt, dass die Potsdamer Tafel zu diesen Liegenschaften die Verhandlungen mit dem jeweiligen Eigentümer führen muss.

Es wird aber weiterhin gemeinsam mit dem KIS nach einer geeigneten Liegenschaft im Eigentum der Stadt Potsdam gesucht.

<u>Herr van Leeuwen</u> bittet um Änderung des Antrages in "eine weitere Ausgabestelle".

<u>Herr Näder</u> weist darauf hin, dass es im vorliegenden Antrag um die Unterbringung der Zentrale geht.

<u>Frau Schulze</u> bestätigt dies. Im vorliegenden Antrag geht es um die Schaffung logistischer Voraussetzungen. Danach kann über weitere Ausgabestellen in Potsdam nachgedacht werden.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Verein Potsdamer Tafel e.V. bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten zu unterstützen.

Da sich die vom Verein bisher bevorzugten Räumlichkeiten nicht im Besitz der Landeshauptstadt Potsdam befinden, soll ferner geprüft werden, welche Gebäude, die sich im Besitz der Stadt oder einer städtischen Gesellschaft befinden, alternativ dazu angeboten werden können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 6 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2006 bis 2007/2009 Vorlage: 05/SVV/0829

Frau Müller bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

<u>Frau Dr. Lotz</u> stellt fest, dass die Ortsteile Fahrland, Golm und Groß Glienicke jetzt höhere Zuschüsse erhalten.

<u>Herr Schweers</u> erklärt, dass dies Personalkostenerhöhungen aufgrund der Anpassung an das Niveau der Stadt sind.

<u>Frau Schulze</u> weist darauf hin, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung heute mit der vorliegenden Drucksache befasst hat.

<u>Herr Schweers</u> informiert, dass der Unterausschuss aufgrund des Umfanges entschieden hat, eine Sondersitzung durchzuführen und dies heute nicht abschließend zu beraten.

<u>Frau Schulze</u> hebt lobend hervor, dass sich der Jugendförderplan auf die Sozialräume bezieht.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die im Jugendförderplan ausgewiesenen inhaltlichen Schwerpunkte und Aufgaben einschließlich der Anlagen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6 Ablehnung: 0 Stimmenthaltung: 1

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 7 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2006

Vorlage: 05/SVV/0850

Der Ausschuss verständigt sich zu folgendem Verfahren:

Die Drucksachen 05/SVV/0850, 05/SVV/0851 und 05/SVV/0853 werden gemeinsam eingebracht. Die ausführliche Diskussion und Beschlussfassung erfolgt in der Sitzung am 13.12.2005.

Herr Ernst gibt eine Finanzübersicht zum Fachbereich Soziales, Wohnen und Senioren. Er stellt die Entwicklung des Zuschussbedarfs von 2003 bis 2006 (Planstufe 2) dar sowie die Ausgabenklassifizierung laut Aufgabenkatalog 2005 für die Haushaltsplanung 2006.

Anschließend erörtert er die Entwicklung der Ausgaben der Kosten der Unterkunft von Januar bis September 2005 im Vergleich zur Anzahl der Bedarfsgemeinschaften.

Er informiert, dass im Bereich Gesundheitsamt die Ansätze im Haushalt 2006 fast deckungsgleich mit den Ansätzen 2005 sind. Die Finanzierung der Blindenberatungsstelle im Sozialwerk wurde durch die Erhöhung des Ansatzes für 2006 gesichert.

Das Haushaltsicherungskonzept wird so mitgetragen.

<u>Herr Krause</u> fragt, ob es Haushaltsansätze gibt, die zwar mitgetragen werden, aber problematisch erscheinen.

<u>Frau Müller</u> macht deutlich, dass die Kosten der Unterkunft (akt. Diskussion über Streichung der 29,1 % Bundesanteil) nicht absehbar sind.

Die Fördersumme für die freien Träger ist bei Beschluss des Haushaltes gesichert.

<u>Herr van Leeuwen</u> fragt, ob die Aufgabe des LASV (Landesamt für Soziales und Versorgung) ab 2007 schon berücksichtigt wird.

<u>Herr Ernst</u> weist auf die Organisationsuntersuchung hin, die derzeit durchgeführt wird.

<u>Frau Schulze</u> macht deutlich, dass ihr die Kosten der Unterkunft jetzt schon als Risiko erscheinen, da sie Informationen hat, dass es weitere ca. 5000 Bedarfsgemeinschaften geben soll.

<u>Herr Ernst</u> betont, dass ihm hierzu keine Erkenntnisse vorliegen. Die durch ihn vorgelegten Zahlen sind vom Stand September 2005.

<u>Frau Schulze</u> bittet, die Zahlen der PAGA (Protokoll der letzten Trägerversammlung, welches der Verwaltung vorliegt) auszureichen.

<u>Herr Ernst</u> erklärt, dass dies interne Zahlen sind, die nicht ausgereicht werden können.

<u>Frau Paulsen</u> macht deutlich, dass die von Frau Schulze genannten Zahlen aus ihrer Sicht nicht gerechtfertigt sind.

<u>Herr Ernst</u> bietet an, die Übersicht zu den Kosten der Unterkunft als Anlage zum Protokoll auszureichen.

<u>Herr Erker</u> stellt fest, dass die Mittel für den Behindertenfahrdienst aus 12.000,-Euro abgesenkt wurden.

<u>Herr Ernst</u> erklärt, dass 2005 die Mittel nicht in der eingestellten Höhe abgerufen wurden. Sollten durch den Umzug des Hauses der Begegnung diese Mittel benötigt werden, hat der Fachbereich Soziales, Wohnen und Senioren dafür Sorge zu tragen, dass diese Mittel zur Verfügung stehen.

zu 8 Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009 Vorlage: 05/SVV/0851

Siehe TOP 7.

zu 9 Feststellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Vorlage: 05/SVV/0852

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Feststellung der Wirtschaftspläne 2006 der Eigenbetriebe der Stadt Potsdam gemäß § 7 Nr. 3 Eigenbetriebsverordnung wird für nachfolgende Unternehmen beschlossen:

Eigenbetrieb Stadtbeleuchtung Potsdam

Eigenbetrieb Seniorenwohnheim "Geschwister Scholl"

Eigenbetrieb Kommunaler Immobilienservice

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4 Ablehnung: 0 Stimmenthaltung: 3

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 10 Haushaltssicherungskonzept 2006 - 2009

Vorlage: 05/SVV/0853

Siehe TOP 7.

zu 11 Sozialbericht 2004 Vorlage: 05/SVV/0870

Frau Trauth-Koschnick stellt kurz den Bericht vor und benennt die Ziele.

Frau Dr. Lotz macht deutlich, dass der Bericht intensiv diskutiert werden muss.

<u>Frau Schulze</u> schlägt vor, den Bericht in der Januar-Sitzung des Ausschusses umfänglich vorzustellen und zu beraten.

<u>Frau Müller</u> weist u.a. auf die Handlungsempfehlungen hin, die unbedingt intensiv beraten werden sollen. Die Fraktionen sollten diese auch im Zusammenhang mit den Haushaltsklausuren thematisieren.

<u>Herr Fröhlich</u> bittet, den Bericht ggf. in einer Sondersitzung, zumindest aber zu Beginn der Tagesordnung einer ordentlichen Sitzung zu behandeln.

Der Sozialbericht wird in der Januar-Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales ausführlich beraten.

zu 12 Behindertenbericht

Herr Erker stellt den Behindertenbericht vor.

Der Behindertenbericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 13 Sonstiges

<u>Herr Fröhlich</u> wiest auf den Kongress zu Armut und Gesundheit am kommenden Wochenende im Rathaus Schöneberg hin.

<u>Frau Schulze</u> erinnert an den Welt-Aids-Tag am 01.12.2005 und die damit verbundene Spendensammlung sowie die Aids-Gala.

Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales: 13. Dezember 2005 18:00 Uhr

Jana Schulze stellv. Ausschussvorsitzende

Martina Spyra Protokoll

Niederschrift der 22. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 15.11.2005